

Agenda

Diktatur-Lächeln,
Demokratie-Wut

Von Regula Stämpfli



Gestern begrüsst mich in der *Süddeutschen Zeitung* zwei heitere Bilder von Angela Merkels Reise nach China. Auf dem roten Teppich scherzte sie mit Premier Li Keqiang: Sie grinsten, als wäre jeder Tag Weihnachten. Auf dem zweiten Bild bewunderte sie den chinesischen Spitzen-

koch beim Zubereiten eines «Palastbeschützerhühnchens», das sie dann «gekonnt» mit Stäbchen probierte. Merkels China-Reise ist locker, flockig und geprägt vom urdeutschen Antrieb nach vorn. Die schon fast traditionelle Bewegung Deutschlands in Richtung Asien wird in deutschen Medien als Sommerrezept gegen Melancholie und Übergewicht angeboten. Schliesslich ist die asiatische Küche schmackhaft, und die engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen einer ehemaligen und einer gegenwärtigen Diktatur sind durchaus vielversprechend (Polemikdetektor einschalten).

Was mich direkt zur deutschen Berichterstattung über Israel führt. Während Merkel im einen Blatt als Aufmacher lustig mit chinesischen Autokraten frozelt, weist die *TAZ* Israel die Schuld für die Gewalteskalation nach der Ermordung dreier israelischen Teenager durch Palästinenser zu.

Einatmen, ausatmen.

Stellen wir uns kurz vor, wie deutsche Blätter reagiert hätten, wenn sich Angela Merkel derzeit fröhlich tänzelnd mit Israels Premier Benjamin Netanyahu auf dem roten Teppich vor Fotografen präsentiert hätte. Auf einem zweiten Bild wäre eine strahlende Angela Merkel beim Probieren köstlicher koscherer Speisen abgelichtet worden.

Erstens hätten solche Bilder, selbst wenn sie real vorgelegen hätten, keinen Weg in deutsche Medien gefunden. Zweitens wäre die unzerstörbare Karriere von Angela Merkel, falls die Bilder doch mit flockig-lustigen Titeln wie «Merkel auf sonniger Studienreise» publiziert worden wären, beendet gewesen. Mit dem demokratischen Israel ist nicht zu scherzen, mit der kommunistischen Diktatur China aber schon.

Chinas Volkswirtschaft ist reguliert, zwangsorganisiert, kennt weder bürgerliche noch soziale Rechte und verfährt mit den verfügbaren Arbeitskräften oft so wie die westliche Landwirtschaft mit ihrem Industrievieh. Israel ist – als ich das letzte Mal hingesehen habe – immer noch eine Demokratie. Bei jedem Israel-Besuch eines deutschen Prominenten kommen selbstverständlich die heftigsten Israel-Kritiker zu Wort. Der chinesische Künstler Liao Yiwu, der sein halbes Leben unter staatlicher chinesischer Überwachung und Einkerkelung verbracht hat, legt in seinen Schriften erschütterndes Zeugnis über das unbeschreibbar Böse von Chinas Diktatur ab. Merkels China-Besuch wird indes von keinem China-Kritiker kommentiert. Vermutlich will man die Harmonie des VW-Werks in Chengdu nicht stören. Eines Werks übrigens, das dank fehlenden Sozialrechten und fehlender Altersvorsorge gemäss der *Süddeutschen* Merkel «immer was zu lernen» aufgibt, was der Bundeskanzlerin offensichtlich «gefällt».

Müsste eine politisch unbedarfte Leserin nach der Lektüre deutscher Medien in diesen Tagen die Frage beantworten, welches der beiden Länder, über die hier berichtet wird, ein Unrechtsregime globalen Ausmasses darstelle und welches eine Demokratie, sie würde Erstaunliches tippen. China ist der neue deutsch-mediale Asia-Partner des Lächelns, Israel das Land für deutsche Empörung. Dies ist nicht nur für Israel eine schlechte Nachricht, sondern für alle Demokraten und Demokratinnen dieser Welt.

Forsche Kommunikation? Der Angriff auf Pensionskassengelder ist ungeheuerlich

Der Bundesrat will uns bevormunden

Von Christoph Buser

Von einer «etwas zu forschen Kommunikation» sprach Bundesrat Alain Berset, nachdem er heftig kritisiert worden war, weil er die Bürgerinnen und Bürger finanziell entmündigen will. Sein Plan: Die in der 2. Säule angesparten Gelder (BVG) sollen nicht mehr dazu verwendet werden dürfen, Wohneigentum zu erwerben oder ein Unternehmen zu gründen. Und: Rentnerinnen und Rentner sollen ihr Kapital nicht mehr auf einmal beziehen dürfen, um es so anzulegen, wie sie selbst es für richtig halten. Stattdessen soll nur noch erlaubt sein, das Rentenskapital tranchenweise in Form von monatlichen Renten zu beziehen.

Offensichtlich vertraut SP-Magistrat Berset nicht allzu sehr auf die Fähigkeit der Menschen, eigenständig zu denken, zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Er macht den Eindruck, als wolle er den Gouvernanten-Staat auf die Bürgerinnen und Bürger loslassen, damit dieser auf sie aufpasst – so wie besorgte Eltern auf ihre Babys am Kleinkinderplanschbecken im Schwimmbad achtgeben. Sie könnten sich ja etwas antun. Aus Versehen. Oder auch sehenden Auges.

Denn Berset behauptete tatsächlich, dass Leute, die sich ihre Altersersparnisse der 2. Säule ausbezahlen lassen und in ein Eigenheim oder den Aufbau einer eigenen Firma investieren, beim Staat dereinst als Renter die hohle Hand machen und mehr Ergänzungsleistungen beanspruchen würden. Eine Studie, die das untermauern würde, legte das besorgte Mitglied der Landesregierung nicht vor. Gesicherte Zahlen und Fakten, die seine Befürchtungen stützen, gibt es keine. Das hat Berset in der Zwischenzeit auch eingeräumt.

Entmündigung dank Bauchgefühl

Die Erfahrung legt denn auch eher nahe, dass das Gegenteil zutrifft und Leute, die in ein Eigenheim investieren oder eine Unternehmung gründen, eher sorgfältiger und verantwortungsvoller mit ihrem Geld umgehen. Und nebenbei: Dass ein eigenes Geschäft und die eigenen vier Wände die beste Altersvorsorge sind, liegt auf der Hand. Umso mehr stellt sich die Frage, ob es legitim ist, wie der Sozialminister die Bevölkerung aufgrund seines Bauchgefühls mir nichts, dir nichts entmündigen will.

Hick-up

Mit sechs Metern Spannweite durch die Lüfte

Von Martin Hicklin

Es muss atemberaubend gewesen sein, dem Vogel beim Segeln zuzusehen. Mit seinen riesigen Schwingen dürfte er meisterhaft Auftrieb und Winde genutzt haben. Im weiten Himmel über den endlosen Wassern muss *Pelagornis sandersi* wohl die meiste Zeit seines Lebens verbracht haben. Nicht umsonst begleitet im wissenschaftlichen Namen mit dem griechischen *Pelagos* das weite offene Meer das *ornis* für Vogel. Das *sandersi* wiederum ehrt den Forscher Albert Sanders, der die Fundstelle nahe des Flughafens von Charleston in South Carolina (USA) untersucht und die 14 Fossilien gefunden hatte, anhand deren das Tier erstmals beschrieben worden war. Bei Charleston hatte der Himmelsgleiter vor etwa 25 bis 28 Millionen Jahren sein Ende gefunden. Dass Teile seines Skeletts versteinert erhalten blieben und im Charleston Museum aufbewahrt werden können, ist ein Glücksfall. Denn des *Pelagornis* Knochen waren leicht gebaut und luftgefüllt, wie bei Vögeln noch heute üblich.

Das Gleichgewicht zwischen mechanischer Festigkeit und Leichtbau zu halten, war für den alten Vogel wichtig, denn er muss zu Lebzeiten von Flügelspitze zu Flügelspitze satte sechs Meter und 40 Zentimeter. Das ist (bis zum nächsten Fund) Allzeitrekord und glatt das Doppelte von

Nein, «forsche Kommunikation» trifft es nicht wirklich. Was der SP-Bundesrat und ehemalige Präsident des Westschweizer Mieterinnen- und Mieterverbands vorschlägt, ist vielmehr eine Ungeheuerlichkeit. Warum? Weil er sich erfrecht, über privat angesparte Gelder zu befinden, finanzielle Mittel, die auf persönlichen Konten im Kapitaldeckungsverfahren gebildet wurden. Das Geld gehört den Versicherten. Der Staat hat sich da gefälligst herauszuhalten. Es ist schlichtweg nicht Sache der Regierung, die Menschen an der Hand zu nehmen und ihnen vorzuschreiben, was sie mit ihrem Geld machen sollen. Hier ist der Riegel konsequent zu schieben. Gefordert sind unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bundesbern.

Das gilt umso mehr, als sich die Landesregierung offensichtlich die Argumente gerade so zurechtbiegt, wie es ihr nützlich erscheint. Noch im Jahr 2012 – vor knapp zwei Jahren also – hat

Es ist nicht Sache der Regierung, die Menschen an der Hand zu nehmen und ihnen vorzuschreiben, was sie mit ihrem Geld machen sollen.

der Bundesrat dem Volk empfohlen, für die beiden Bausparabstimmungen des Hauseigentümerverbands ein Nein in die Urne zu legen. Er tat dies mit der Begründung, eine Förderung von Wohneigentum sei in der Schweiz nicht notwendig, weil man ja die Möglichkeit habe, Pensionskassengelder aus der 2. Säule einzusetzen. Warum dies jetzt im Jahr 2014 plötzlich nicht mehr gelten soll, mag nicht einleuchten.

Sollte Sozialminister Alain Berset mit seinen Ideen durchkommen, geraten wir in ein ganz gefährliches Fahrwasser. Wenn der Staat nämlich den Bürgerinnen und Bürgern vorschreibt, ob sie ihr Geld in eine Unternehmung oder in ein Eigenheim investieren dürfen oder nicht, wenn er ihnen auferlegt, ihr eigenes Geld nach der Pensionierung nur noch scheinbar als Renten zu beziehen statt als Ganzes – warum sollte er ihnen nicht noch stärker in ihre finanziellen Belange eingreifen? Denkbar wäre beispielsweise, dass der

Staat für uns die private Budgetplanung macht. Er könnte Steuern und Abgaben für uns abziehen, die Lebenshaltungskosten miteinberechnen und uns vom Lohn, den der Arbeitgeber selbstredend direkt an den Staat abliefern, noch ein kleines Sackgeld auszahlen. Sofern wir uns anständig benehmen. Natürlich würde dies das Ende der persönlichen Freiheit bedeuten, das Aus für jegliche Risikobereitschaft, den Tod aller Eigeninitiative.

Hans Egloff, der Präsident des Hauseigentümerverbands Schweiz (HEV), hat an der jüngsten Delegiertenversammlung in Schaffhausen den Nagel auf den Kopf getroffen, indem er von einem «Aktivismus von Bundesbern im Immobilienbereich» sprach.

Dabei führte Hans Egloff unter anderem aus, dass der Bundesrat im Mai Massnahmen im Mietrecht beschlossen hat und unter anderem auch plant, landesweit eine Formular- und Begründungspflicht für die Anfangsmiete einzuführen. Im Weiteren wies er darauf hin, dass die Finanzverwaltung und die Finanzmarktaufsicht Finma im Juni den Banken strengere Vorschriften für die Hypothekarvergabe auferlegt hat. Dies, obwohl sich der Markt bereits deutlich abgekühlt habe.

Unnötige Einschränkung

Hinzu kommt, dass die Banken schon von sich aus dazu übergegangen sind, Hypotheken restriktiver zu vergeben und beispielsweise mehr flüssiges Eigenkapital zu verlangen als noch bis vor Kurzem. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die von Bundesrat Alain Berset angedachte Einschränkung zum Bezug der Pensionskassengelder aus der 2. Säule absolut unnötig.

Diese Einschränkung gelte ohnehin nur für den obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge, meinte der Sozialminister. «An den Kapitalbezügen im überobligatorischen Teil wollen wir nichts ändern.» Das wäre ja noch schöner. Dass ein Mitglied der Landesregierung auch nur schon einen Gedanken daran verliert, ist eine Ungeheuerlichkeit – vielleicht würde Alain Berset aber auch hier nur von einer «etwas zu forschen Kommunikation» sprechen.

Christoph Buser ist FDP-Landrat und Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG

Verleger. Markus Somm

CEO Basler Zeitung Medien. Rolf Bollmann

Chefredaktor. Markus Somm (mso)

Stv. Chefredaktor. David Thommen (-en)

Chefredaktion. Eugen Sorg (eso), Leiter Autorenteam – Michael Bahnerth (mib) – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Stephan Sutter (sus), Blattmacher – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik. Thomas Wehrli (thw), Leitung – Martin Furrer (mfu), stv. Leitung – Hansjörg Müller (hjm) – Benedict Neff (ben) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus. Dominik Feusi (fi), Leitung – Beni Gafner (bg) – Hubert Mooser (hmo)

Basel-Stadt. Nina Jecker (nj), Leitung – Daniel Wahl (wah), stv. Leitung – Denise Dollinger (dd) – Joël Gerner (jg) – Miska Hauswirth (hws) – Dominik Hertz (hei) – Rahel Koerger (rak) – Franziska Laur (fla) – Martin Regenass (mar)

Baselland. Daniel Ballmer (dab), Leitung – Jonas Hoskyn (hys), stv. Leitung – Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu) – Boris Gyax (bgy) – Joël Hoffmann (Jho) – Alexander Müller (amu) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis)

Wirtschaft. Dieter Bachmann (dba), Leitung – Ruedi Mäder (rm) stv. Leitung – Patrick Gnesser (pg) – Seraina Gross (sgr) – Kurt Tschann (kt) – Daniel Zulauf (dz)

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (olg) – Fabian Kern (ker) – Tilman Pauls (tip) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur. Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (bll), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten. Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borge (bb), London – Fritz Dinkelmann (fd), Berlin – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flickiger (fl), Warschau – Willi Germund (wg), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile. Thomas Waldmann (tw)

Kolumnisten. Martin Breitenstein – Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbacher (FE) – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hck) – Helmut Hubacher – Markus Melz – Linus Reichlin – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten. Bildung: Markus Wüest (mw) Gesundheit heute: Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) Mobil/Reisen/essen & Trinken: Benno Brunner (bb) – Roland Harisberger (rh) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku)

Beilagen/Projekte. Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion. Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Blangetti (cbl) – Dominique Burckhardt (db) – Peter de Merchi (pdm) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Christian Horisberger (ch) – Viviane Joyce Laissue (vj) – Marko Lehtinen (ml) – Eva Neugebauer (ev) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffel (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Holger Böhrer – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion. Melody Gyax, Leitung – Jeannette Bölle – Doris Flubacher – Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Püss – Nicole Pont

Korrektur. Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzulini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung. Milena De Matteis – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv. Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion. Aeschentplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Liestal. Basler Zeitung, Rebgasse 17, 4410 Liestal

Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufenal/Schwarzbubenland. Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel

Tel. 061 639 11 11

Verlag. Aeschentplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag. Sabine Galindo

Leiter Werbekam. Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst.

Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr,

Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr,

Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82,

abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise. Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2.5% MWST): 6 Monate Fr. 245.–, 12 Monate Fr. 466.–, (Ausland auf Anfrage)

BaZ am Aeschentplatz. Aeschentplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel,

Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

schalter@baz.ch

Schalter für Inserate und Tickets:

Montag–Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch,

Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate. Basler Zeitung Medien, Aeschentplatz 7, Postfach, 4002 Basel

Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20

inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservierungen/Technische Koordination.

Reto Kyburz

Annoncenpreis. Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4,25,

(mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool

Druck. DZZ Druckzentrum Zürich AG

Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien.

Bekanntgabe namhafter Beteiligungen:

DistriBA AG, Neue Fricktaler Zeitung AG

Geschützte Marken.

Nordwestschweizer

ZEITUNG

Basler Woche

Baslerfab